

ANTRAG

an den Landesparteitag der Linken Schleswig-Holstein, die Erklärung zur Rundfunkreform zu beschließen

Der Landesparteitag der Linken Schleswig-Holstein möge folgende Erklärung beschließen:

Die Linke in Schleswig-Holstein spricht sich entschieden gegen die geplante Rundfunkreform aus, die auf eine Reduzierung von Programmen abzielt und das Kulturangebot bedroht. Gerade die Kultursender Arte und 3sat, sowie wichtige Radioprogramme, sind unverzichtbare Bestandteile unserer kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt und verdienen unseren Schutz.

In Zeiten, in denen Fake News und ausländische Einflussnahme auf Informationsangebote stetig zunehmen, wäre es fatal, wenn ARD, ZDF und Deutschlandradio in ihren Verbreitungswegen und digitalen Inhalten beschnitten würden. Ein starkes, unabhängiges öffentlich-rechtliches Informationsangebot ist unerlässlich, um eine informierte und demokratische Gesellschaft zu erhalten.

Stattdessen sollten Reformen an anderer Stelle ansetzen. In den Verwaltungen und bei den teils überhöhten Vergütungen in der Führungsebene des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gibt es erhebliches Einsparpotenzial, das genutzt werden sollte, um den Kernauftrag des Rundfunks zu sichern: eine unabhängige, umfassende und faire Berichterstattung.

Auch sehen wir die Notwendigkeit einer intensiveren Auseinandersetzung mit der inhaltlichen Ausrichtung. Besonders die regionalen 3. Programme sollten stärker auf politische Debatten und die Landespolitik eingehen, um den Bürger*innen eine fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf sich nicht auf Unterhaltung und Boulevardthemen zurückziehen, sondern muss seinen Fokus auf tiefgehende politische Berichterstattung und gesellschaftlich relevante Themen legen.

Zudem sollten im Norddeutschen Rundfunk die nationalen Minderheiten Schleswig-Holsteins eine wichtigere Rolle einnehmen. Inhalte in friesischer und dänischer Sprache mit regionalem Bezug sollten gestärkt und gefördert werden, um die sprachliche und kulturelle Vielfalt der Region widerzuspiegeln und die Identität der Minderheiten zu unterstützen.

Zusätzlich fordern wir eine faire Vergütungsstruktur, die Journalist*innen nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse drängt, sondern ihnen die notwendige Sicherheit und Unabhängigkeit gewährt. Die stetig wachsende Zahl an freien Mitarbeitenden und die Höhe an Vergütungen von Führungspersonal und Produktionsfirmen zeigt, dass die Struktur an diesem Punkt aus dem Gleichgewicht geraten ist. Eine Reform des Rundfunks sollte daher darauf abzielen, das Gemeinwohl zu stärken, faire Arbeitsbedingungen zu schaffen und eine hohe Programmqualität durch eine nachhaltige inhaltliche Ausrichtung zu sichern.